

243



2 Wochen
1 Fazit

Bundesregierung gegen Batteriepfand. Bundesrat skeptisch zu Konsumverboten im Freien.



1. Zusammenfassung und Trends

Kurzübersicht	Trend
 <p>Koalition (SPD, B90/Die Grünen): Regierung und Opposition haben sich auf Neuwahlen im Februar verständigt. Noch vor Weihnachten soll die Vertrauensfrage im Bundestag gestellt und danach das Parlament aufgelöst werden. Aufgrund der Neuwahlen ist mit einem Regulierungsmoratorium bis in den Herbst 2025 zu rechnen.</p>	
 <p>Opposition (CDU, CSU, FDP, Die Linke, BSW): Anlässlich der BFTG-Mitgliederversammlung sprach sich der Finanzpolitiker MdB Sebastian Brehm (CSU) dafür aus, in der nächsten Legislaturperiode die Fehlanreize, die von der Tabaksteuergesetzgebung zulasten der E-Zigarette bestehen, zu korrigieren. Auch die drogenpolitische Sprecherin der FDP, MdB Kristine Lütke, setzte sich in einem Statement für die E-Zigarette ein.</p>	
 <p>Bundesrat, Bundesländer: Der Bundesrat lehnt die EU-Ratsempfehlung zu mehr Nichtraucherschutz ab und kritisiert deutlich die mangelhafte Datengrundlage, auf der die Empfehlung aufbaut. CDU, SPD und BSW haben in Thüringen den Koalitionsvertrag vorgelegt. Die Parteien streben eine innovative Suchtprävention an.</p>	
 <p>EU, Europa, Übersee: Das Europaparlament hat sich auf die Zusammensetzung der neuen EU-Kommission verständigt. EU-Staaten und Kommission befürworten die Überarbeitung der verschiedenen Tabak-Richtlinien in der neuen Legislaturperiode. Derweil geht die E-Zigarettenregulierung in den europäischen Staaten weiter.</p>	
 <p>Fachcommunity, Wettbewerb: Die WHO plant bereits weitere Schritte gegen die E-Zigarette in 2025. Studien weisen auf die tatsächlichen Beweggründe beim Jugendkonsum sowie Durchsetzungsdefizite beim Jugendschutz hin. Der Wechsel zur E-Zigarette verbessert die Atemwegsgesundheit, so eine Untersuchung,</p>	
 <p>Medien: Die Medien berichten hauptsächlich negativ über E-Zigaretten. Jedoch kommen auch Expertenstimmen zu Wort, die sich pro Dampfen aussprechen. Neben dem Jugendkonsum und Umweltbelastungen wird die wachsende Beliebtheit von Pouches sowie die Verfügbarkeit von Nikotinprodukten für Minderjährige thematisiert.</p>	
<p>Legende: Tendenzen in Relation zu den Zielen des BFTG.</p> <p>Sehr positiv (Belange werden berücksichtigt)  Positiv  Neutral, bzw. Trend ↑ oder ↓  Negativ  Sehr negativ (Krise) </p>	

30

SEKUNDEN FAKTEN

4,5-5,3 Prozent

Raucherquote bei erwachsenen Schweden

65 Prozent

der Wechsler gaben an, durch den alleinigen Konsum von E-Zigaretten weniger zu husten

53 Prozent

der Wechsler gaben an, durch den alleinigen Konsum von E-Zigaretten weniger zu keuchen

48,7-71,1 Prozent

der US-Jugendlichen geben Stressbewältigung bzw. Entspannung als Grund für den E-Zigarettenkonsum an

Quellen: tobaccoreporter.com, academic.oup.com, aap.org

Wichtige Inhalte auf einen Blick

- 1) [Bundesrat gegen EU-Ratsempfehlung für mehr Nichtraucherchutz](#)
- 2) [Bundesregierung will derzeit kein Batteriepand einführen](#)
- 3) [Die neue EU-Kommission steht und geplante Vorhaben in der neuen Legislatur](#)
- 4) [Schweden ist dank Harm Reduction-Produkten „tabakfrei“](#)
- 5) [Jugendliche dampfen, um Stress abzubauen](#)
- 6) [Studie: weniger Atemwegsbeschwerden durch E-Zigaretten](#)

2

Anzahl der Sitzungswochen bis zur nächsten Parlamentspause

2. Meldungen

2.1. Bundesregierung und Bundesministerien, nachgelagerte Behörden

Datum: 18.11.2024, 08.11.2024

Aus der Arbeit des BfTG

Wieder haben wir eine äußerst interessante und anregende Mitgliederversammlung in Berlin abgehalten. Das große Interesse und der intensive Fach-Austausch waren wieder einmal ein Highlight in unserem Verbandsjahr. Toll, dass so viele von Euch da waren! Neben zuversichtlichen Grußworten aus der Politik waren die Gespräche und das Miteinander eine Bereicherung. Vielen Dank an alle Beteiligten! Wir sehen uns spätestens 2025 wieder!

Meldung: Die Bundesregierung lehnt die Einführung eines Batteriepfandes ab. Das geht aus einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage von *Die Linke* hervor. Die Bundesregierung beruft sich dabei auf eine Expertise des Umweltbundesamtes. „[...] ein Pfand auf alle lithiumhaltigen Batterien aufgrund der Vielzahl unterschiedlicher Batteriearten und der damit einhergehenden Komplexität organisatorisch und praktisch kaum umsetzbar.“, so die Regierung. Sie verweist auf die „hohen operativen sowie administrativen Aufwand und mit sehr hohen Kosten“. Zudem „[...] könnte sich ein Pfand zudem wie eine Preiserhöhung auswirken. Dies wäre auch unter sozialen Aspekten fragwürdig.“

Anlässlich des Welt-COPD-Tages fordert der Bundesdrogenbeauftragte Burkhard Blienert (SPD) erneut „Schluss mit Werbung und Sponsoring für Nikotinprodukte, ein Verbot von Einweg-E-Zigaretten, konsequenterer Nichtraucherschutz und noch mehr Hilfe beim Rauchausstieg.“

Quelle: bundestag.de, bzga.de

2.2. Bundestag und Parteien

Voraussichtlicher Fahrplan zur vorgezogenen Bundestagswahl 2025	
11.12.2024	Einreichung des Antrags zur Vertrauensfrage durch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD)
16.12.2024	Abstimmung im Bundestag
Ab dem 16.12.2024	Verliert der Bundeskanzler die Vertrauensfrage, kann er dem Bundespräsidenten vorschlagen, den Bundestag aufzulösen. Der Bundespräsident hat nach der Abstimmung bis zu 3 Wochen Zeit, um die Auflösung des Bundestags anzuordnen. Die Auflösung des Bundestags ist für den 27. Dezember anvisiert. Mit der Auflösung des Bundestages endet die Legislaturperiode und es kommt zu einer vorgezogenen Neuwahl. Sie muss innerhalb von 60 Tagen stattfinden.
23.02.2025	Voraussichtliche Bundestagswahl

2.3. Bundesrat und Bundesländer

Datum: 22.11.2024, 08.11.2024, 06.11.2024

Meldung: Der Bundesrat lehnt die Ausweitung der Konsumverbote im Freien, wie sie der Entwurf zur EU-Ratsempfehlung für mehr Nichtraucherschutz vorsieht (Report 239 ff.), ab. Das Plenum und die zuständigen Ausschüsse bezweifeln die Belastbarkeit der Daten der WHO, auf die sich die EU stützt. Sie sehen in dem Vorstoß einen massiven Eingriff in die persönliche

„Daher bestehen aus Sicht des Bundesrates Zweifel an der Belastbarkeit der Daten. [...] Der Bundesrat spricht sich daher gegen die empfohlene Ausweitung des Rauchverbots auf gastronomische Außenbereiche [...] aus und bittet die Bundesregierung, sich dafür einzusetzen, dass von der Einbeziehung dieser Bereiche Abstand genommen werden möge.“ Bundesrat, Drs. 455/24, 22.11.2024, [bundesrat.de](https://www.bundesrat.de)

Handlungsfreiheit der Verbraucher und unverhältnismäßige negative Auswirkungen auf Wirtschaftsbereiche wie die Außengastronomie. Auch der Kontroll- und Verwaltungsaufwand sei unverhältnismäßig. Der Bundesrat übermittelt seinen Beschluss direkt an die EU.

Die Ausschüsse der Länderkammer plädieren dafür, die im Entwurf der Überarbeitung des Elektroggesetzes (Report 229ff.) vorgesehene Einführung einer Rücknahmepflicht für E-Zigaretten, um ein halbes Jahr auf Anfang 2026 vorzuziehen. Daneben spricht sich der Bundesrat für ein Verbot von Einweg-E-Zigaretten aus und verweist auf seine Aufforderung an die Bundesregierung vom 3. März 2024, auf die die Bundesregierung nicht reagiert hat. Die Länderkammer verweist zudem auf die Dispo-

sableverbote an anderen EU-Staaten. Der Bundesrat regt ferner an, die Hersteller stärker in Verantwortung zu nehmen und sie finanziell an der Entsorgung zu beteiligen. Das Plenum hat zu dem Sachverhalt keinen Beschluss gefasst. Damit wird der Entwurf vorerst nicht dem Bundestag zugeleitet.

Der Abschluss der Gesetzgebungsverfahren ist mit Blick auf die Neuwahlen eher unwahrscheinlich ([Diskontinuitätsprinzip](#)).

Quelle: [bundesrat.de](https://www.bundesrat.de), [bundesrat.de](https://www.bundesrat.de), [bundesrat.de](https://www.bundesrat.de), [bundesrat.de](https://www.bundesrat.de)

Aus den Medien

„Statt sich nur auf den sogenannten ‚Quit or die‘-Ansatz zu fokussieren, sollte der Fokus auf einer Diversifizierung von Rauchentwöhnungsstrategien liegen [...] Zahlreiche Forschungsergebnisse deuten mittlerweile darauf hin, dass beim Konsum nicht brennbarer Alternativen wie der E-Zigarette 95 Prozent weniger Schadstoffe aufgenommen und damit die Erfolgsquote beim Rauchausstieg verdoppelt werden kann.“

Prof.H.Stöver(Frankfurt UAS), 12.11.2024, [bild.de](https://www.bild.de) © Benedikt Bieber | Frankfurt UAS

Erneut schreibt die Presse über die illegale Abgabe von E-Zigaretten in Geschäften an Minderjährige. Des Weiteren wird über die anhaltende Verbreitung von Pouches berichtet, die trotz Verkaufsverbot immer mehr über ausländische Lieferanten nach Deutschland gebracht und hierzulande – insbesondere von Jugendlichen – konsumiert werden. Ebenso wird über etwaige Gesundheitsrisiken und die Folgen der unsachgemäßen Entsorgung von Disposables

berichtet. Dabei wird eine [Studie](#) herangezogen, der zufolge Dampfen bis 2050 weltweite Folgekosten von 30 Mrd. € verursachen soll. Der Jugendschutz steht weiterhin im Zentrum der Berichterstattung. Daneben kommen aber auch Fachleute zu Wort, die sich für die E-Zigarette einsetzen. Hilfseinrichtungen warnen erneut vor CBD-Liquids.

Quelle: [abendblatt.de](https://www.abendblatt.de), [shz.de](https://www.shz.de), [welt.de](https://www.welt.de), [apotheke-adhoc.de](https://www.apotheke-adhoc.de), [brisant.de](https://www.brisant.de), [br.de](https://www.br.de), [hallo-min-den.de](https://www.hallo-min-den.de), [bild.de](https://www.bild.de), [bild.de](https://www.bild.de), [waz.de](https://www.waz.de)

Datum: 22.11.2024,

Die Thüringer Landesverbände von CDU, SPD und BSW haben sich auf einen [Koalitionsvertrag](#) geeinigt. Ein Schwerpunkt ist die Gesundheitspolitik. Beim Thema Sucht planen die Parteien: „Wir werden ein Landeskonzept zur Suchtprävention initiieren und die Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle prüfen. Dabei unterstützen wir insbesondere innovative Präventionsangebote mit landesweiter Wirkung.“ Den Parteigremien müssen dem Vertrag noch zustimmen.

Sie wollen die Ministerpräsidentenwahl und Regierungsbildung im Dezember abhalten. Die Koalition verfügt im Landtag über keine eigene Mehrheit und muss sich daher Unterstützung bei der Linkspartei suchen.

Quelle: [mdr.de](https://www.mdr.de), [zeit.de](https://www.zeit.de), [thueringer-allgemeine.de](https://www.thueringer-allgemeine.de)

2.4. EU, Europa und Übersee

Datum: 23.11.2024, 21.10.2024, 20.11.2024, 19.11.2024, 14.11.2024, 13.11.2024, 06.11.2024

Meldung: Das Europäische Parlament will in dieser Woche zur Ratsempfehlung für mehr Nichtraucherschutz (Report 239) abstimmen. Die EVP-Fraktion, sieht die Ratsempfehlung kritisch. Sie wolle einer Resolution nur dann zustimmen, wenn diese deutliche Kritik an der Ratsempfehlung enthalte. Die Fraktion scheint jedoch gespalten. Der zuständige EVP-Verhandlungsführer scheint aus der Fraktionslinie auszuscheren und sich für die strikte Ratsempfehlung einzusetzen. Das Parlament kann die Empfehlung nicht aufhalten, eine kritische Positionierung würde jedoch deren Wirksamkeit abschwächen.

Die Fraktionen von [EVP](#) (Konservative), [S&D](#) (Sozialdemokraten) und [Renew Europe](#) (Liberalen) im Europaparlament haben sich nach schwierigen Verhandlungen auf die Zusammensetzung der neuen EU-Kommission geeinigt. Die neue Kommission kann nach der Schlussabstimmung in dieser Woche wie geplant Anfang Dezember ihre Arbeit aufnehmen. Damit wird der vorab umstrittene Kandidat Oliver Varhelyi (Report 239ff.) neuer Gesundheits-Kommissar. Teil der Einigung ist auch eine Kooperationsvereinbarung zwischen EVP, Sozialdemokraten und Liberalen. Sie skizziert die künftigen Prioritäten der 3 kooperierenden Fraktionen.

Die 3 Fraktionen sollen sich zudem darauf verständigt haben, den bisherigen Unterausschuss für Gesundheit im Zuge des Beginns der neuen Legislaturperiode zu einem vollwertigen Ausschuss zu erheben. Laut einer Vereinbarung soll der neue Gesundheitsausschuss u.a. für Tabak-Fragen, Gesundheitsvorsorge und Beziehungen zur WHO zuständig sein. Das Vorhaben wurde jedoch noch nicht umgesetzt. Es gibt Bestrebungen die Bestätigung der Kommissare und der 6 Vizepräsidenten der Kommission als Paket zu verhandeln und abzustimmen. Beobachter schließen ein Scheitern der Kommissionsbesetzung nicht aus.

Die EU-Kommission will nach dem Vorbild des *Plans zur Krebsbekämpfung* einen *Plan zu Herz-Kreislauf-Erkrankungen* vorlegen. Ziel ist es, neue Präventions- und Behandlungsmethoden zu erarbeiten. Ein Fokus soll auf der Bekämpfung des Tabak- und Nikotinkonsum liegen. Die Überprüfung der dafür geltenden Regelwerke sieht der designierte EU-Kommissar als zentralen Auftrag. Sie soll bereits vorbereitet werden. Die EU will darin auch auf neue Nikotinprodukte eingehen, die erst nach Erlass der bestehenden Regelungen auf den Markt kamen.

Polen hat bei einer Sitzung der Ratsarbeitsgruppe für Steuerfragen angekündigt, während seiner Ratspräsidentschaft die Überarbeitung der Tabak-Steuerrichtlinie (TED) voranzubringen. Polen übernimmt die Ratspräsidentschaft am 1. Januar 2025. Frankreich und Dänemark, das die Ratspräsidentschaft von Polen in der zweiten Jahreshälfte übernimmt, unterstützen die Überarbeitung der TED. Die EU-Kommission, die bei dieser Ratssitzung anwesend war, hat sich nicht auf ein Datum für die Veröffentlichung des TED-Vorschlags festgelegt. Es wird erwartet, dass der Vorschlag im Frühjahr 2025 veröffentlicht wird. Beobachtern zufolge gebe es keine größeren Hindernisse, da viele Mitgliedstaaten die TED überarbeiten wollen und der künftige für Steuern zuständige designierte Kommissar – Wopke Hoekstra – keine Vorbehalte habe.

Die EU-Kommission will sich in der neuen Legislaturperiode dem Verbraucherschutz befassen. Sie will rasch eine neue Verbraucheragenda und einen neuen Aktionsplan für

Verbraucher vorlegen. Ein Schwerpunkt soll der Online-Handel werden – auch wegen des wachsenden Warenstroms aus China (ca. 10 Mio. Pakete/Monat).

Quelle: euractiv.de, zeit.de, tagesschau.de, euractiv.de, rp-online.de, stuttgarter-zeitung.de, diepresse.com, spiegel.de, Hintergrundgespräche

„Let me conclude by saying that vapes can help adults to quit smoking, but single-use vapes are a waste of our precious national resources.“
Mary Creagh, brit. Umweltministerin, 13.11.2024, parliament.uk

„It is very important that smokefree legislation does not include vaping. Vaping is a harm reduction approach for adult smokers trying to quit smoking. Policies that deal with smoking and vaping in the same way send a very confusing message.“ Prof. C. Notley (University of East Anglia), 05.11.2024, sciencemediacentre.org

Datum: 14.11.2024, 13.11.2024, 12.11.2026, 11.11.2024, 07.11.2024, 05.11.2024

Meldung: Der britische Nationale Gesundheitsdienst (NHS) wird künftig Medikamente zur Tabak-Entwöhnung (Wirkstoff Vareniclin) ausgeben. Laut dem *University College London* könnte für umgerechnet jede 1,2 €, das für das Medikament ausgegeben wird, 1,99 € an Gesundheitskosten eingespart werden. Der NHS rechnet mit einer Entlastung von umgerechnet über 600 Mio. €.

Das von der britischen Regierung geplante Verbot von Einweg-E-Zigaretten stößt im britischen Parlament auf Zustimmung. Die Regierung sieht in E-Zigaretten weiterhin eine Hilfe zum Tabak-Stopp. Britische Experten bewerten die geplante neue Tabak-Gesetzgebung zwiesgespalten. Die Eindämmung

des Tabak-Konsums wird befürwortet, jedoch vor Überregulierung von E-Zigaretten gewarnt.

Beide Kammern des irischen Parlaments haben der Überarbeitung des Tabak-Gesetzes zugestimmt. Die Erhöhung des Mindestverkaufsalters für Tabak auf 21 Jahre ist ab 2028 gültig. Zuwiderhandlung soll mit 1.000 € Geldstrafe oder 6 Monate Haft geahndet werden.

Quelle: england.nhs.uk, watson.de, nordbayern.de, bbc.com, theguardian.com, openaccess-government.org, dailymail.co.uk, parliament.uk, sciencemediacentre.org, gov.ie, highlandradio.com

Datum: 14.11.2024

Meldung: Schweden gilt nunmehr als weltweit erste Nichtraucheration. Laut der schwedischen Gesundheitsstatistik rauchen – je nach Zählweise – nur noch 4,5 - 5,3 Prozent der Erwachsenen. Schwedische Harm Reduction-Befürworter sehen darin eine Bestätigung des schwedischen Sonderweges bzgl. Snus und Pouches.

Quelle: tobaccoreporter.com, fohm-app.folkhalsomyndigheten.se

Datum: 10.11.2024, 05.11.2024

Meldung: Die spanische Regierung plant nikotinhaltige E-Liquids mit einem ähnlichen Steuersatz zu belegen wie herkömmliche Tabak-Produkte. Das Gesundheitsministerium schlägt einen Steuersatz von 0,15 €/ml vor, der sich am europäischen Durchschnitt orientieren soll, plus zusätzliche 0,006 € pro ml Nikotin.

Quelle: aldvapor.com, planetofthevapes.co.uk

2.5. Fachcommunity

Datum: 22.11.2024, 14.11.2024, 13.11.2024, 12.11.2024

Meldung: Personen, die vom Tabak-Rauchen zur E-Zigarette wechseln weisen eine verbesserte Atemwegsgesundheit auf. 65 bzw. 53 Prozent der Wechsler gaben an, durch den alleinigen Konsum von E-Zigaretten weniger zu husten bzw. keuchen. Der Effekt ist beim dualen Konsum deutlich weniger stark (14 bzw. 15 Prozent).

Quelle: aerzteblatt.de, academic.oup.com, eurekalert.org, healthday.com, clinicaladvisor.com, medicalxpress.com, physiciansweekly.com, rheumatologyadvisor.com

Datum: 15.11.2024

Meldung: Das IFT-Nord hat eine neue Jugendstudie herausgegeben. Der Nikotinkonsum von Kindern und Jugendlichen sei von 2016 bis 2022 abgesunken und dann gestiegen. 2024 läge der Nikotinkonsumquote bei 16,6 Prozent. Während der Konsum von Tabak-Zigaretten und Shishas gesunken sei, seien E-Zigaretten mittlerweile das am häufigsten genutzte Nikotinprodukt von Minderjährigen. Risikofaktoren seien der Nikotinkonsum der Freunde, die individuelle Risikobereitschaft, Verhaltensauffälligkeiten, Stresserleben, der sozioökonomische Differenzen sowie ein locker empfundener Erziehungsstil. Die Studie beanstandet Influencer-Marketing sowie das Aromen und Disposables noch nicht verboten seien. Aromen würden E-Zigarettenkonsum erleichtern und eine konsumfördernde Wirkung haben. Die Autoren stellen eine Trend zum Polykonsum und vermuten dahinter den Gateway-Effekt, den die Studie selbst aber nicht beleuchtet.

Quelle: aerzteblatt.de

Datum: 13.11.2024, 12.11.2024, 11.11.2024, 07.11.2024

Meldung: Eine Untersuchung der *University of California San Diego* brachte erhebliche Umsetzungs- und Durchsetzungsdefizite sowie Regulierungslücken zu Tage. Nur ein Prozent der Käufer mussten bei Onlineshops ihr Alter nachweisen. 93 Prozent der Sendungen wurden ganz ohne Altersverifikation abgeschlossen. Zudem wurde zum Großteil regionale Aromenverbote missachtet. Die Autoren fordern u.a. ein Lizenzsystem für E-Zigarettenversandhändler.

Auch in Belgien berichten Medien von Um- und Durchsetzungsdefiziten im E-Zigarettenhandel.

Quelle: ucsd.edu, tobaccocontrol.bmj.com, jamanetwork.com, latimes.com, tobaccoreporter.com, youtube.com, sentinelsource.com, foxnews.com, brusselstimes.com

Datum: 12.11.2024

Meldung: Eine Studie der *University of Michigan* untersuchte die Beweggründe von US-Jugendlichen, zur E-Zigarette zu greifen. Die Untersuchung umfasst die Gruppen der täglichen Dampfer, 30-Tages-Prävalenz und Personen, die angaben, im Laufe der vergangenen 12 Monate gedampft zu haben. Stressbewältigung bzw. Entspannung wurde bei allen untersuchten Gruppen am meisten als Konsumgrund genannt (48,7 - 71,1 Prozent). Der Geschmack wurde deutlich weniger genannt (34,0 - 41,4 Prozent). Experimentierfreude ist bei Jugendlichen, die nicht täglich dampfen, deutlich ausgeprägter (bis zu 20 Prozentpunkte Unterschied). Die

Autoren stellen eine Veränderung der Konsumgründe fest. 2015 war Entspannung/Stressbewältigung mit 22 Prozent nur auf Rang 5 der Beweggründe.

Quelle: healio.com, aap.org

2.6. Nikotin-Gegner und NGOs

Datum: 14.11.2024, 12.11.2024

Meldung: *Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (DHS)* fordert eine zweckgebundene Abgabe auf alle legalen Suchtmittel und Glücksspielangebote. Sie will Hersteller und Händler an den Folgekosten beteiligen. Das Geld solle für die Prävention, Behandlung und Erforschung von Suchterkrankungen genutzt werden. Auch der Bundesdrogenbeauftragte fordert eine Stärkung der Prävention und Suchtberatung und „*neue Wege der Finanzierung*“. Die Tabak-Branche lehnt die Abgabe ab und verweist auf den Schwarzmarkt.

Einordnung/Empfehlung: Aufgrund der Neuwahlen ist mit einem Regulierungsmoratorium bis in den Herbst 2025 zu rechnen. Die NGOs werden versuchen, ihre Ideen in den Koalitionsvertrag der nächsten Bundesregierung einzubringen. Daher wird empfohlen, sich während der Verhandlungen 2025 ebenfalls an die Parteien/Verhandler zu richten.

Quelle: dhs.de, deutschlandfunk.de, aerzteblatt.de, evangelische-zeitung.de, die-glocke.de, erzbistum-koeln.de, fnp.de, lebensmittelzeitung.net

Datum: 13.11.2024

Meldung: Die NGO *Pro Rauchfrei* greift den Kodex mehrerer Fachgesellschaften zum Umgang mit der Tabak- und E-Zigarettenbranche auf (Report 242). Pro Rauchfrei fordert von der Politik, die Branchen nicht in Entscheidungsprozesse einzubinden, wo es nicht unbedingt erforderlich ist. Kontakte müssten völlig transparent gemacht werden und keine Gelder angenommen werden. Die Organisation wiederholt die Kritik der anderen NGOs an den Strategien und Vorgehensweise der Tabak-Industrie sowie an Harm Reduction-Produkten. Sie teilt auch deren Zweifel an der geringeren Schädlichkeit von E-Zigaretten.

Quelle: pro-rauchfrei.de

Datum: 11.11.2024

Meldung: Die WHO hat den Schwerpunkt des Weltnichtrauchertages 2025 bekanntgegeben. Sie will sich mit den Taktiken der Industrie zu Tabak und Nikotin-Produkten befassen. Die Industrie soll „demaskiert“ werden. Dabei sollen verschiedene Themenkomplexe beleuchtet werden (Auszug):

- Aromen
- Werbung und Marketing
- jugendaffines Produkt-Design
- Cooling Agents und Inhaltsstoffe

Die WHO will damit die breite Öffentlichkeit sensibilisieren und Verbote von Aromen, weiteren Inhaltsstoffen und Werbung erreichen. Daneben zielt sie auf eine Neuregulierung von Verpackungen und Produkt-Designs ab.

Quelle: who.int

Termine

Chronologische Reihenfolge. Politisch relevante Termine werden **rot** markiert.

Datum	Thema	Akteur	Ort	Link
ab 01.01.2024	Anhebung der Steuer auf Substitute für Tabakwaren auf 0,20 €/ml			
25.-29.11.2024	Sitzungswoche fällt aus	Bundestag	Berlin	bundestag.de
02.-06.12.2024	Sitzungswoche	Bundestag	Berlin	bundestag.de
04./05.12.2024	22. Deutsche Konferenz für Tabakkontrolle	DKFZ	Heidelberg	dkfz.de
05.12.2024	E-Cigarette Summit	Smooth Event Management Ltd	London	e-cigarette-summit.co.uk
20.12.2024	Plenarsitzung	Bundesrat	Berlin	bundesrat.de
16.-20.12.2024	Sitzungswoche	Bundestag	Berlin	bundestag.de
16.12.2024	mögl. Vertrauensfrage	Bundestag	Berlin	-
ab 01.01.2025	Anhebung der Steuer auf Substitute für Tabakwaren auf 0,26 €/ml			
01.01.2025	Start polnische Ratspräsidentschaft	EU	EU	-
11.01.2025	SPD-Parteitag (geplant)	SPD	k.A.	-
23.02.2025	Bundestagswahl	Bundesrepublik Deutschland	deutschlandweit	bundeswahlleiterin.de
25.02.2025	4. Deutscher Verpackungrechtstag	R&W Fachkonferenzen	Frankfurt a.M.	ruw-fachkonferenzen.de
02.03.2025	Bürgerschaftswahl Hamburg	Freie und Hansestadt Hamburg	Hamburg	hamburg.de
26.03.2025	7. Konferenz Tobacco Harm Reduction	ISFF (Prof. Heino Stöver)	Frankfurt a.M.	frankfurt-university.de
18.-20.06.2025	Weltkrebskongress	bitcongress	Stockholm	bitcongress.com
19.-21.06.2025	Global Forum ob Nicotine	GfN	Warschau	gfn.events
01.01.2025	Start dänische Ratspräsidentschaft	EU	EU	-
18.-20.09.2025	InterTabac	Messe Dortmund	Dortmund	intertabac.de
vsl. 22.-24.09.2025	Deutscher Suchtkongress	DG Sucht	Berlin	dg-sucht.de

Bilder: Stock-Fotografie-ID 511810498, Frankfurt UAS

Hinweis: Links werden i.d.R. als Hyperlinks oder Kurzlinks wiedergegeben.

Europawahl 2024

Voraussichtlicher Zeitplan Europawahl 2024		
6.-9. Juni	Europawahl	✓
17. Juni	Informeller Europäischer Rat und Beratung über die Kandidatin bzw. des Kandidaten für das Amt der Präsidentin bzw. des Präsidenten der Europäischen Kommission	✓
27./28. Juni	Europäischer Rat und Beratung über die Kandidatin bzw. des Kandidaten für das Amt der Präsidentin bzw. des Präsidenten der Europäischen Kommission	✓
Juni/Juli	Konstituierung der Fraktionen im Europaparlament	✓
16.-19. Juli	Konstituierung des Europäischen Parlaments und Wahl der neuen Parlaments-Präsidentin bzw. des neuen -Präsidenten	✓
22.-25. Juli	EP-Konstituierung der Ausschüsse und Wahl der Vorsitzenden	✓
18. September	Vorschläge der Mitgliedstaaten für die künftigen Kommissionsmitglieder	✓
04.-12. November	Anhörungen der designierten Kommissare	✓
25.-28. November 2024	Abstimmung des Europäischen Parlaments, über das vorgeschlagene Kommissionskollegium als Ganzes (Zustimmung wird erwartet)	
Dezember 2024	Möglicher Arbeitsbeginn der neuen EU-Kommission (je nach Verlauf auch später)	